
Tatsachensinn tut not!

Gespräch mit Arnulf Baring über die Krise von politischen Parteien und Demokratie*

Prof. Dr. Arnulf Baring, geb. 1932 in Dresden, Studium in Hamburg, Berlin, Freiburg, New York, Speyer und Paris, lehrt Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen seit 1945 an der FU Berlin.

Frage: Wir sind Zeugen eines eklatanten Ansehensverlustes der politischen Parteien und ihrer Repräsentanten, damit zusammenhängend wohl auch von einem Vertrauensverlust von Institutionen und Verbänden der parlamentarischen Demokratie. Ist das die Ausprägung einer periodisch wiederkehrenden, fast natürlich zu nennenden Unzufriedenheit, oder steckt mehr dahinter?

Arnulf Baring: Dieser Ansehensverlust hat sich seit Jahren angebahnt. Die Parteispendenverfahren, besonders die Flick-Affäre, haben das Renommee der Parteien beschädigt. Zunächst dachte man wohl, die Bevölkerung nehme solche Dinge gar nicht wahr. Das war eine Täuschung. Inzwischen hat sie, die darin wacher ist als unsere politischen Eliten, den Eindruck, daß die politischen Parteien mit der neuen Situation seit 1989 nicht fertig werden. Woran hegt das? Es liegt daran, daß wir keine Debatte über die neuen außen- und innenpolitischen Probleme haben. Auch die Medien, die Universitäten laufen den neuen Veränderungen eher hinterher, als sie antizipierend rechtzeitig zu diskutieren.

Was die Parteien angeht, so haben wir durch die Entwicklung vom Politiker zum Polit-Manager eine in der Machtgewinnung sehr geschickte politische Klasse bekommen, die aber erstaunlich arm an eigener Substanz ist, die im Grunde keine Maßstäbe und auch keine Kenntnisse hat, die über das Management von laufender Alltagspolitik hinausgehen. Das war nicht weiter schlimm,

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 15. Juli 1992 in Köln

solange wir bis Ende der achtziger Jahre in einer Gesellschaft lebten, deren Außenbeziehungen festgelegt waren - von uns durchaus bejaht, aber definiert von anderen -, und es ein ausreichendes Wachstum gab, das es erlaubte, Zuwächse sozialpolitisch zu verteilen. Jetzt ahnt jeder, daß diese Zeiten vorbei sind, daß Zumutungen unter die Leute gebracht werden müssen. Dazu bedarf es ganz anderer Formen von Autorität, die auch den Appell an Nichtmaterielles, an nicht individuell Verwertbares umfassen. Das ist wohl für große Teile der Parteifunktionäre eine nicht nur ungewohnte, sondern wahrscheinlich sogar eine nicht zu bewältigende Herausforderung. Sie sind daran gewöhnt, sich als Verteiler von Chancen zu begreifen. Und heute ist eben etwas ganz anderes gefragt.

Können Sie noch weitere Gründe für den von Ihnen festgestellten Substanzverlust der Politiker nennen?

Eigentlich reicht das schon. Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte man annehmen müssen, daß überhaupt keine politische Führungsschicht übrig geblieben wäre - wenn man an die Emigration denkt, an die Konzentrationslager, an die Millionen von Kriegstoten, auch an den 20. Juli 1944, durch den viele Konservative, Linke und Linksliberale zu Tode gekommen sind, die sonst nach dem Krieg als demokratische Führer zur Verfügung gestanden hätten. Nach 1945 hätte die Führungsschicht der Bundesrepublik also ganz dünn sein müssen. Das Gegenteil war der Fall; sie war sogar sehr viel besser als in der Weimarer Zeit.

Umgekehrt würde man eigentlich vermuten, daß fast fünfzig Jahre nach dem Krieg neue Generationen herangewachsen wären, die aufgrund ihrer weltweiten Reise- und Arbeitsmöglichkeiten, der unbeschränkten Chancen, sich umfassend zu informieren und Kenntnisse zu erwerben, auf breiter Front imstande wären, Führungsaufgaben wahrzunehmen. Das ist aber keineswegs der Fall. Es erweist sich jetzt etwas als nachteilig, was wir eigentlich immer als große Errungenschaft betrachtet haben: diese Wirtschaftsgesellschaft, eine Wirtschaftswundergesellschaft. Sie hat eine Sozialisation zustande gebracht, die ganz und gar auf einen hedonistischen, also egozentrischen Konsumismus hinausläuft, auf eine Mentalität, die vielleicht Leistung noch in den Mittelpunkt stellt, aber überhaupt keinen Gedanken an die Allgemeinheit, an das Schicksal unseres Volkes, an die Zukunft des Landes aufkommen läßt.

Dieser genußsüchtige Egozentrismus ist, glaube ich, eine weit verbreitete Haltung, die sich natürlich auch in der Politik wiederfindet. Vor zwei Jahrzehnten hätte sich doch kein Mensch darüber Gedanken gemacht, daß die Politiker möglicherweise zu gut bezahlt würden. Solange die politische Klasse leistungsfähig schien, ist die Frage ihrer Honorierung nie aufgeworfen worden. In diesem Punkt hat sich einiges geändert: Es gibt inzwischen sehr viel mehr listenreich angelegte Töpfe, aus denen sich Politiker bedienen können. Es ist unerhört, daß schon ein vierzigjähriger Oberbürgermeister, der nicht arbeitsunfähig geworden ist, sondern ein anderes, höheres Amt ausübt, eine Pension

als Oberbürgermeister bezieht. Das sollte nach allen Begriffen des Anstands eigentlich ausgeschlossen sein. Ähnliche Regelungen sind ja von allen Parteien getragen worden. Das hätte es, meines Erachtens, früher nicht gegeben. Aber auch wenn es das gegeben hätte, hätte sich die Bevölkerung darüber möglicherweise nicht erregt in Zeiten, in denen das Geld sozusagen in großen Batzen vorhanden war, während jetzt deutlich wird, daß Einschränkungen auf vielen Gebieten notwendig sind. Wenn aber die Bevölkerung aufgefordert werden muß, den Gürtel enger zu schnallen, dann ist ganz klar, daß man mit besonderer Aufmerksamkeit auf diejenigen guckt, die das Land politisch führen.

Ich habe es falsch gefunden, als Herr Engholm kürzlich sagte, wer in der Politik hart arbeite - und das tun ja wirklich sehr viele -, solle auch ordentlich verdienen. Ich halte das für ein Mißverständnis. Der öffentliche Dienst — er heißt so, weil er Dienst an der Allgemeinheit ist - hat niemals zu Reichtümern geführt. Zu einem auskömmlichen Leben soll und darf er führen, aber daß annähernd ein Lebensstil erreicht werden könnte, wie er in Teilen der Medien und vor allem in der Wirtschaft üblich ist, ist ein Irrtum. Es zeigt sich, daß sich im Selbstverständnis der politischen Klasse das Verhältnis von Eigenleistung und Kompensation verschoben hat.

An dem Buch, das der Bundespräsident kürzlich mit zwei Journalisten herausgegeben hat, fand ich das Bemerkenswerteste die ziemlich einmütige Schelte der Parteien. Denn der Bundespräsident hat überhaupt nichts besonders Neues gesagt, sondern lediglich Thesen wiederholt, die landauf und landab diskutiert werden. Die empörte Reaktion der Parteien zeigte, wie weit sie sich von der Basis entfernt haben. Sie haben offenbar weithin keine Vorstellung mehr davon, was in der Bevölkerung vor sich geht. Das läßt auf eine erhebliche Unsensibilität schließen.

Es ist schon erstaunlich, wie eng und reaktiv die politische Klasse auf die Umwälzungen unserer Tage eingeht, im Grunde nur in Finanzkategorien denkt. Als der große Sozialwissenschaftler Werner Sombart die Deutschen vor vielen Jahrzehnten mit den Engländern verglich, kam er zu dem Ergebnis, diese seien Händler, wir Helden. Was die Engländer heute sind, weiß ich nicht, aber daß wir keine Helden sind, sondern nur noch Krämerseelen, läßt viele Beobachter unseres Landes kopf schütteln. Die Verengung unseres politischen Spektrums, unseres Argumentationsfeldes, ist das Auffälligste an der gegenwärtigen Situation.

Zeigen sich nicht in anderen Demokratien ähnliche Tendenzen, etwa in den USA oder in Frankreich? Gilt Ihr Befund also über Deutschland hinaus?

Die Demokratie durchlebt zweifellos eine Schwächeperiode. Bei uns ist die Krise deshalb besonders gravierend, weil unser Land, wie Christoph Stözl sagt, ein Passagenland ist, ein Land, auf das alle Veränderungen der politischen Machtverhältnisse in Europa und der Welt unmittelbar einwirken.

Unsere Geschichte der letzten Jahrhunderte ist wesentlich durch die verschiedenen Druckverhältnisse zu erklären, die aus Ost, Süd und West, weniger aus Nord, auf uns eingewirkt haben. Die Frage ist, ob die vierzig Jahre Demokratie, die wir hinter uns haben, dauerhafte Wurzeln haben wachsen lassen. Das würde ich im Hinblick auf Frankreich und England anders beurteilen. Es ist schon erstaunlich, wie die Engländer, die im Grunde seit fast hundert Jahren eine anhaltende Phase ökonomischen Niedergangs durchleben, mit dieser Situation fertig geworden sind. Man kann nicht sagen, daß die englische Demokratie je irgendwo bedroht gewesen sei. Das hängt natürlich auch an einem Zug der Engländer, der in anderer Hinsicht beklemmend sein mag: an ihrem Gleichmut. Bei uns ist die öffentliche Meinung viel aufgeregter, viel bereiter, sich zu fürchten, in Gefahr zu fühlen. Die Engländer haben ein dickeres Fell. Ein Inseldasein hat seine Vorteile.

Wir sind wir in unvergleichbarer Weise neu durch das herausgefordert, was sich an unseren Ostgrenzen tut. Nach 1945 waren wir glücklich darüber, daß wir aus dieser Ost-West-Lage heraus waren; Adenauer ist nicht umsonst nach und nach von allen Gruppen des Landes vereinnahmt worden. Mehr oder weniger alle Deutschen hatten in den Jahrzehnten vorher das Gefühl gehabt, unsere gefährvolle Situation in der Mitte Europas ausgleichen, ausbalancieren zu müssen, der ehrliche Makler sein zu wollen, wie Bismarck gesagt hat. Das hat uns überfordert. Horst Krüger, der Frankfurter Publizist, hat einmal formuliert: Das Reich war zu groß - zu groß für unseren politischen Verstand. Aber hat Adenauer eine dauerhafte Lösung herbeigeführt? Leider nein. Adenauer war auf seine Weise doch nur eine Übergangsfigur, was ich sehr bedauere. Er paßte glänzend nur in die Zeit bis Anfang der sechziger Jahre. Als er zurücktrat, vor dem Entspannungszeitalter, war seine Zeit, fürchte ich, wirklich abgelaufen.

In dem Maße, in dem sich Großbritannien, dann auch die Vereinigten Staaten und Frankreich auf die Entspannungspolitik einließen, war klar, daß wir unseerseits in irgendeiner Weise Kontakt mit dem Osten aufnehmen mußten. Nach 1989 sind wir erst recht wieder in der alten Zwischen- und Mittellage, was einen Deutschen nicht mit Vergnügen erfüllen kann. Wir halten daher in unserer Mehrzahl nostalgisch an der alten Bundesrepublik fest, um den großen Herausforderungen auszuweichen, die die neue Situation uns stellt.

Die Sowjetunion war 1945 der größte Gewinner - auf unsere Kosten. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches hat der Sowjetunion einen gewaltigen Bodengewinn gebracht - ganz Osteuropa, bis in die Mitte Deutschlands hinein, fiel ihr damals anheim. Der Zusammenbruch der Sowjetunion berührt jetzt uns wiederum am stärksten. Wenn sich die mit dem sowjetischen Zerfall zusammenhängenden Probleme nicht in irgendeiner Weise konstruktiv bewältigen lassen, werden wir in die Chaotisierung Osteuropas hineingezogen. Wenn es nicht gelingt, Ostmitteleuropa zu verwestlichen, werden uns die dortigen Konflikte veröstlichen. Die Schwierigkeiten, die sich dort schon jetzt in einigen Ländern abzeichnen, werden ansteckend auf uns wirken. Es gibt keine

Mauer mehr, hinter der wir gelassen leben und den anderen unverbindliche, gute Wünsche hinüberryufen könnten. Wir werden durch krisenhafte Veränderungen in diesen Ländern künftig unmittelbar berührt.

Sie sehen also die Gefahr, daß die längst allgemein akzeptierte Westintegration der Bundesrepublik von einer in ihren Konsequenzen noch unklaren Mittellage klassischer Prägung abgelöst wird?

Das ist bereits seit längerem der Fall. Die Genscher-Politik war der Versuch, es allen Seiten recht zu machen, also die Westintegration zu verbinden mit einer sehr starken Orientierung auf die Sowjetunion mit ihren Folgestaaten. Das hat ihr immer wieder Mißtrauen im Westen eingetragen - der Begriff „Genscherismus“ war kein Kompliment. Ich glaube, daß diese Schwebelage, die in gewissem Maße unvermeidlich aus unserer Geographie folgt, auch in näherer Zukunft für uns charakteristisch bleibt: Wir versuchen, Entscheidungen auszuweichen. Wir sagen, wir werden mit den Amerikanern kooperieren, aber natürlich nicht gegen die Franzosen; wir werden natürlich mit den Franzosen zusammenarbeiten, aber nicht gegen die Amerikaner. Wir werden gemeinsam mit beiden handeln, aber natürlich nicht zum Nachteil der Sowjetunion. Wir versuchen, alle Alternativen zu vermeiden. Wir sagen zum Beispiel: wir sind für die Vertiefung der EG, was die Franzosen freut, aber auch für die Erweiterung, was den Engländern und den Osteuropäern gefällt.

Die Frage ist, ob wir diese Unentschiedenheit auf die Dauer durchhalten können oder ob die Spannungen, die daraus entstehen, nicht zu stark sein werden. Das ist schon Bismarck passiert. Bereits er und erst recht seine Nachfolger wurden mit der Lage nicht fertig. Dadurch, daß wir jedermanns Freund und nach allen Seiten beweglich sein wollen, geraten wir in die Gefahr, daß wir niemandes Freund werden, sich niemand wirklich auf uns verlassen kann. Deutschland bleibt von seiner Größe her zu schwach, um Europa zu prägen, und zu stark, um einfach ein Land unter anderen europäischen Ländern zu sein. Das Problem hatten wir früher, wir haben es jetzt wieder. Hinzu kommt, daß wir im Grunde weder führen wollen - das lehnen wir eindeutig ab, denn führen würde heißen, Pläne zu entwerfen und eine Verantwortung übernehmen zu müssen, die über die Wahrung unserer eigenen Interessen hinausgeht - noch uns führen lassen wollen. Wir wollen uns weder auf die Kommandobrücke stellen noch wirklich im Maschinenraum Kohle schaufeln. Am liebsten blieben wir die „gentils animateurs“ im Klub.

Wir brauchen also eine große Debatte über die neue Rolle Deutschlands in Europa?

Eindeutig, wobei ich glaube, daß deren wichtigste Aufgabe darin bestehen wird, von unserer Allerweltsmoralität herunterzukommen. Mit dem Ende der Zuständigkeit der Alliierten ist die Möglichkeit weg, aller Welt wohlfeile Ratschläge zu geben und kostenlose moralische Ermahnungen zuteil werden zu lassen. Wir haben uns zu Südafrika und Chile, zu China und Israel moralisch

hochwertige Positionen einfallen lassen, waren aber nie in der Notwendigkeit, sie in die Tat umzusetzen. Die These, daß die Bundesrepublik eine „Zivilmacht“ sein und auf diese Weise in Europa und der Welt eine besondere, friedensstiftende Rolle spielen solle, empfinden unsere Alliierten als Beleidigung: als ob sie besonders kriegerisch gesonnen seien, und wir die edle Rolle des Friedensengels übernehmen könnten, ja müßten. Wir sind in den letzten Jahrzehnten immer auf der Seite der Engel gewesen, haben stets die reinsten und positivsten Absichten bekundet. Jetzt kommt allmählich der Test, ob wir bereit sind, unseren schönen Worten Taten folgen zu lassen, also unsere eigenen Interessen notfalls mit Waffengewalt zu schützen, für unsere Prinzipien im Ernstfall auch zu kämpfen. Diese Abwägung wird uns auf die Dauer nicht erspart bleiben. Ich hoffe, daß die Debatte in Gang kommt. Denn ich fürchte: wenn wir mit einer plötzlichen Krise in unserer Nachbarschaft konfrontiert wären, würde es panikartige Reaktionen geben.

Als naiver Beobachter der Szenerie in Jugoslawien kann man den Eindruck bekommen, daß die Problematik dort nur militärisch gelöst werden kann. Ist das so?

Dieser Meinung bin ich nicht. Zum einen: Ich sehe dort unsere Interessen nicht berührt. Bismarck hat gesagt, der Balkan sei nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert. Ich bin außerdem überzeugt davon, daß die militärischen Möglichkeiten, diesen Konflikt zu lösen, sich in viel engeren Grenzen halten, als mancher annimmt. Zwar würde es möglich sein, zum Beispiel Artilleriestellungen und auch Flugplätze zu bombardieren. Aber bringt das viel? Reguläre Bodentruppen würden in diesem Guerillakrieg, in hinterhältigen Greuelgemetzeln, große Blutverluste erleiden, ohne Frieden schaffen zu können. Es handelt sich dort um unwegsames Gelände, und es gibt eine weitverbreitete Partisanenmentalität - das überfordert völlig eine überdies seit Jahrzehnten unerprobte Armee. Und wenn dann womöglich hunderte, tausende, zehntausende von Soldaten umkämen, wäre unser Volk auf einen solchen Schock überhaupt nicht vorbereitet. Spätestens dann würde die Frage gestellt: Was machen die da eigentlich? Ist das denn in unser aller Interesse? Haben wir aus Vietnam, aus Afghanistan nichts gelernt?

Wir müssen uns darüber klar werden, wann unsere Interessen zentral berührt sind, wann unser Volk vielleicht sogar von Vernichtung bedroht ist. Nur dann müssen wir kämpfen. Aber dann müssen wir es wirklich.

Ich meine, daß diese Diskussion gerade deshalb jetzt mit großer Ernsthaftigkeit geführt werden muß, weil die bisherigen Konflikte auf dem Balkan, in der Slowakei und erst recht jenseits des Schwarzen Meeres uns nicht unmittelbar berühren, so daß wir uns deshalb außerordentlich zurückhalten sollten. Ich wäre vollkommen mißverstanden, wenn man glaubte, ich hätte nichts Eiligeres im Sinn, als unser Land irgendwo militärisch engagiert zu sehen. Gerade deshalb braucht man eine Grundsatzdebatte, die von den bloß hochherzigen moralischen Impulsen absieht und sich auf die Frage konzentriert, welches

unsere tatsächlichen Interessen sind. Unsere moralische Verantwortung - übrigens meist bei uns nur ein Schlagwort - ist weltweit, während unsere Chancen, etwas zu verändern, außerordentlich klein sind.

Die finanzielle Last der deutschen Vereinigung zeigt doch längst die engen Grenzen unserer Möglichkeiten. Wenn wir die Leistungskraft unseres Landes überspannen, riskieren wir den Ruin. Schon von daher muß zwischen dem Wünschbaren und dem tatsächlich Erreichbaren deutlich unterschieden werden. Das haben wir in den letzten Jahrzehnten deshalb nie üben müssen, weil wir in größere Verbände eingebunden waren, in denen andere die ernste Verantwortung übernahmen, während wir die freundlichen Redensarten und zum Teil finanzielle Unterstützung beitrugen.

Ist der Eindruck richtig, daß die deutsche Vereinigung die meisten Vertreter der politischen Klasse hilflos angetroffen hat oder jedenfalls mit den falschen Rezepten?

Die Dimensionen der neuen Herausforderung sind zunächst nicht erkannt worden. Ein Wort vorab zur politischen Klasse: Es ist auffällig, daß der Begriff bei uns erst in einem Augenblick auftauchte, in dem man den Eindruck gewinnen mußte, daß wir eine politische Klasse im engeren Sinne gar nicht haben. Es handelt sich ja eher um ein Schimpfwort, das in der deutschen Diskussion jetzt ähnlich verwandt wird wie das Wort „System“ in der Weimarer Zeit. Das ist ein Krisensymptom. Von der politischen Klasse wird erst geredet, seit alle Welt der Meinung ist, daß sie nicht tut, was sie tun müßte.

Zurück zur Frage: Die Konzentration der Deutschen auf wohlmeinende Redensarten und die stabilen Verhältnisse des westlichen Europas in den letzten Jahrzehnten haben unseren Tatsachensinn beeinträchtigt. Nach 1989 mußten wir erkennen, daß die Welt anders aussah, als wir sie uns vorgestellt hatten. Im Grunde hat niemand vorausgesehen, was passieren würde. Und noch als der Prozeß der Veränderung bereits in vollem Gange war, haben manche versucht, ihn in Deutschland anzuhalten, weil sie der Meinung waren, es wäre wünschenswert, die DDR als eigenes Staatsgebilde zu konservieren. Ein Wunsch, der übrigens jetzt erneut aufkommen wird, wenn die ostdeutsche Sammlungsbewegung der angeblich Beleidigten und Entrechteten sich mausig macht: Viele Westdeutsche, die die großen Lasten und deren relativ geringe Effekte leid sind, werden der Meinung sein, die Deutschen drüben sollten doch ihren Staat wieder aufmachen, wenn es ihnen bei uns so wenig passe.

Sie messen der Sammlungsbewegung also keine katalysatorische Rolle zu?

Das wollen wir einmal abwarten. Ich habe bisher den Eindruck, daß sie eine reine Protestbewegung ist. Ich denke an eine Wiederauflage dessen, was es Anfang der fünfziger Jahre mit dem Bund der Heimatvertriebenen - das paßt nicht - und Entrechteten - das paßt - schon einmal gab. Welche Töne hören

wir denn eigentlich? Erstens wird gefordert, daß mehr getan werden müsse - das werden die Westdeutschen mit Erbitterung aufnehmen. Und zweitens, man müsse mit der Würde und Selbstachtung der Ostdeutschen sorgfältiger umgehen. Dieser Vorwurf muß uns alle nachdenklich machen. Psychologisch lassen es die Westdeutschen tatsächlich oft an Feingefühl fehlen. Aber weshalb? Es ist fast unmöglich, die reale und mentale Lage der DDR-Bevölkerung zu beschreiben, ohne hochmütig, arrogant, bleidigend zu klingen, weil einfach der Befund in vieler Hinsicht so enttäuschend ist. Das geben viele Ostdeutsche auch ohne weiteres zu, lassen es sich aber natürlich nur ungern von anderen sagen.

Die Wunden eines gescheiterten und in vieler Hinsicht von Anbeginn unfähigen Systems, das den Deutschen, auch den deutschen Kommunisten, von Moskau aufgezwungen wurde, was von Anfang an einen Rückschritt im Zivilisationsprozeß bedeutete, werden erst in Jahrzehnten verheilt sein. Alle Seiten wären gut beraten, wenn sie von dem Gedanken, daß alle Deutschen das gleiche Schicksal haben sollten, Abstand nähmen, wenn sie also auf den aussichtslosen Versuch verzichteten, diese vierzig Jahre DDR-Schicksal in irgendeiner Weise ungeschehen zu machen. Das würde heißen, daß man nicht länger an der Illusion festhält, es ließe sich eine ähnliche Wirtschaftsentwicklung wie in der Bundesrepublik nach 1948/49 in Ostdeutschland in absehbarer Zeit bewerkstelligen. Ich glaube, das geht nicht. Die Voraussetzungen sind vollkommen anders, viel schlechter, als sie nach 1948 in den damaligen Westzonen gewesen sind. Inwieweit das die Schuld mancher unserer Landsleute drüben ist oder in welchem Maße es einfach an den Umständen lag, ist dabei vollkommen nebensächlich. Die Deutschen drüben haben diese Verhältnisse ja nicht geschaffen, sondern sie waren ihnen - auch durch die starke Abwanderung des Mittelstandes nach 1945 aus der russisch besetzten, sowjetisch drangsalierten Zone - weitgehend ausgeliefert. Im Kern war und blieb die DDR immer ein Besatzungsregime, das aus einer eher primitiven Denkweise heraus und mit einem ebensolchen Wirtschaftssystem handelte und daher vieles ruiniert hat, von der Substanz gelebt hat. Das läßt sich nicht ungeschehen machen, auch in den Köpfen nicht.

Eine größere Gelassenheit dort wie hier wäre hilfreich, die sich klarmachte, daß eine rasche Industrialisierung der ehemaligen DDR auf einem im Weltmaßstab konkurrenzfähigen Niveau nicht gelingen kann. Das scheint mir ganz offenkundig zu sein. Die einzige Chance, die die frühere DDR hätte, wären neue Technologien, also die Entwicklung neuer Industriezweige, die moderner wären als die der alten Bundesrepublik. Dafür gibt es bisher keinerlei Ansätze, weder in der personellen Situation, im Ausbildungsstand, in der Kreativität, noch in der allgemeinen Infrastruktur, an leistungsfähigen Hochschulen, an Akademien, an Freizeitangeboten. Ich glaube deshalb, daß man sich wirklich zunächst weitgehend auf die Perspektive einer De-Industrialisierung einstellen müssen, und zwar nicht, weil das irgend jemand wünscht, sondern weil sich das als vorerst unvermeidlich herausstellen wird.

Tatsache ist doch, daß nach wie vor auf sieben Menschen, die nach Westen gehen, einer kommt, der nach Osten geht. Das liegt daran, daß die industriellen Zentren im Westen bleiben, wo sie in den letzten Jahrzehnten schon gewesen sind. Dieser Trend war übrigens schon vor dem Zweiten Weltkrieg da. Die Industriezentren lagen auch damals schon weitgehend im Westen, und der Osten war eher agrarisch und litt immer schon unter einer gewissen Abwanderung. Das sind Trends, die durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs verschärft wurden - Sachsen und Thüringen gehören natürlich historisch nicht zu dem, was man vor 1945 Osten nannte -, aber im Kern schon vorher da waren. Ich glaube nicht, daß man sie jetzt gewaltsam umkehren kann.

Das hätte weitreichende Folgen für gewerkschaftliche Arbeit - etwa im Hinblick auf die Tarifpolitik, aber auch für den einzelnen Arbeitnehmer. Sehen Sie die von Ihnen geschilderte Prognose als unvermeidlich an, oder müßte da etwa mit Subventionen abgefedert werden?

Daß man das abfedern muß, ist klar. Aber man sollte sich keinen Illusionen hingeben. Die Subventionen, die wir im Westen bereits im überreichen Maße haben, sind ein besonderes Ärgernis, weil sie Industriezweige am Leben halten, die im Grunde keine Konkurrenzfähigkeit mehr besitzen. Ich sehe natürlich, daß jeder Abbau von Subventionen große soziale Probleme schafft. Trotzdem muß ein wesentlicher Teil der mentalen Veränderung bei uns in den nächsten Jahren in der Einsicht bestehen, daß wir nicht mehr lebensfähige, nur durch Subventionen am Leben erhaltene Produktionszweige wie die Kohle- und die Werftenindustrie sowie große Bereiche der Landwirtschaft künftig stilllegen müssen. Alles folgenlose Reden im Optativ muß ein Ende haben. Es wird dauernd erörtert, was geschehen sollte, was geschehen müßte. Es wird zuviel in bloßen Appellen geredet. Diese wohlmeinende Rhetorik wirkt sich schädlich auf den Realitätssinn aus. Wir müssen uns ganz ernsthafte Gedanken darüber machen, wie wir unsere Zukunft als Industriegesellschaft sichern können; denn sie ist akut bedroht. Und wir müssen zugleich die Umweltprobleme viel ernster nehmen als bisher. Wir reden inzwischen alle grün, aber wir handeln, wir leben nicht danach. Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, daß wir uns darauf einrichten müssen, daß sich die Lebensgrundlagen der Erde in viel rascherer Zeit als bisher gedacht erschöpfen werden, und daß wir, wie es Herbert Gruhl sagt, damit rechnen müssen, daß das nicht einmal mehr hundert Jahre dauert. Helmut Schmidt spricht übrigens ähnlich. Die Belastung der Erde durch das, was die Industriegesellschaft an Abfall, an Umweltvergiftung mit sich bringt, ist enorm.

Gruhl geht davon aus, daß die Industriegesellschaft nicht imstande ist - alle Erneuerungen, alle umweltschützenden Maßnahmen eingerechnet -, eine neue Balance zu bewerkstelligen, was ja hieße, daß wir die Erde unseren Kindern und Enkelkindern so überlassen könnten, wie wir sie übernommen haben. Er meint, daß die Erde mehr und mehr unbewohnbar wird. Und in der Tat, Hungersnöte, Kriege und Seuchen (man denke nur an die AIDS-Welle in

Afrika) zerstören und entvölkern schon jetzt weite Landstriche. Angesichts dieser Lage ist eine so ungeheuer kostspielige Veranstaltung wie die Umweltolympiade in Rio nicht nur lächerlich, sondern in ihrer Ergebnisarmut geradezu ärgerlich. Ich fand ihr deutlichstes Ergebnis, daß im Umkreis des Konferenzentrums die Kanalisation völlig überfordert war, so daß die Abwässer der Konferenz ungeklärt in irgendeinen Fluß geleitet wurden, was tausende von toten Fischen zur Folge hatte. In Rio wurde ein Kulturfestival, ein Medienspektakel mit ernsthaften, handlungsbreiten Schlußfolgerungen aus der heutigen Wirklichkeit verwechselt.

Liegt es auch daran, daß der Fortschrittsbegriff, dem die westliche Menschheit im Grunde seit etwa hundert Jahren huldigt, falsch ist?

Das müßte man sehr differenziert betrachten. Ich möchte nur so viel sagen: Die Fortschrittsgläubigkeit, also die Vorstellung, daß wir zu immer besseren und immer größeren Wohlstandsbereichen in der Welt gelangen könnten, ist seit langem erschüttert. Vielleicht erklärt diese Erkenntnis auch den rigiden Individualismus und Egoismus bei uns: Viele Menschen ahnen, daß es so nicht weitergehen kann, daß alles zusammenbrechen wird, wenn sich die Industriegesellschaft nicht von Grund auf, also radikal wandelt. „Nach uns die Sintflut“ ist, glaube ich, eine Vorstellung, die bis in die Sozialpolitik hinein eine Rolle spielt. Der Skandal unseres Rentensystems, des Gesundheitssystems bis hin zur neuen Pflegeversicherung besteht darin, daß sie alle die älteren Jahrgänge der gegenwärtigen Generationen zu Lasten der nach ihnen kommenden bevorteilen, so daß von einem Generationenvertrag, einer Verantwortung der Älteren für die Jüngeren, überhaupt keine Rede sein kann. Ich glaube, unsere Kinder und Enkel werden uns für diese Politik verfluchen, für die Last, die wir ihnen aufgebürdet haben, und vor allem auch für die unverantwortliche Praxis, das, was an eigener Arbeitskraft aufgrund des Schwundes der Kinderzahl im Land fehlt, durch Ausländer zu ersetzen. So etwas konnten nur vollkommen ahnungslose Menschen in die Wege leiten, die keine Ahnung davon haben, was die Integration großer Ausländeranteile wirklich heißt und kostet. Die alten Kolonialmächte, die gezwungen waren, viele Fremde aufzunehmen, wissen schon lange, welche Schwierigkeiten das hervorruft. Wir haben uns sträflicherweise keine realistischen Gedanken darüber gemacht, wieviele Ausländer das Land integrieren, heimisch machen kann. Das wird unsere Kinder und Enkel, die womöglich unter vielfältiger Bedrängung leben müssen, aufs äußerste erbittern. Diese Gesellschaft hat insofern keinerlei Fortschrittsglauben bewiesen, als sie die Frage der Planung der Zukunft, die Frage, wie wir unseren Nachkommen diese Erde überlassen, nie wirklich ernsthaft erwogen, sondern sich rabiatt auf das eigene Leben und die eigene Lebenszeit konzentriert hat.

Wenn die politische Klasse, die ökonomischen Möglichkeiten, die internationale Lage so sind, wie Sie es skizziert haben, wo gibt es denn dann noch Hoffnung?

Ich glaube an die Regenerationsfähigkeit unseres Volkes und damit auch unserer Politik. Ich bin fest davon überzeugt, daß ein neues Bewußtsein, das sich mit Augenmaß und Verantwortungsgefühl verbindet, sowohl denkbar als auch notwendig ist. Unsere politische Klasse ist im Grunde nur eine Widerspiegelung dessen, was in der Bevölkerung gedacht wird. Die Politiker reagieren nicht nur aus eigener Blindheit heraus, sondern aufgrund ihres ängstlichen Blicks auf Meinungsumfragen, so daß die Hauptverantwortung eigentlich bei den Medien hegt - bei allen, die in Wort, Schrift oder auf dem Fernsehbild öffentliche Meinung mitbilden und beeinflussen. Deshalb ist jene große Debatte, von der ich hier dauernd rede, notwendig. Eine Debatte, die auf den verschiedensten Ebenen und für die verschiedensten Fragestellungen nüchtern das Vorhandene prüft, die Belastbarkeit der Gegenwart und der Zukunft untersucht und in diesem Rahmen Politik realistisch zu gestalten versucht. Zum Beispiel werden wir uns ganz andere Gedanken machen müssen als bisher, seit sich zeigt, daß der Spielraum für sozialpolitische Verbesserungen nicht nur ausgeschöpft ist, sondern umgekehrt eingeschränkt, in manchen Bereichen drastisch eingeengt werden muß. In den vergangenen Jahrzehnten gab es eine unvergleichliche Blüte der liberalen Weltwirtschaft. Aber wir können nicht davon ausgehen, daß sie anhält, daß alles wie bisher so weitergeht. Wir haben etwas für einen Normalzustand, auf den sich jeder verlassen, mit dem jeder rechnen konnte, gehalten, was eine ungewöhnliche, glückliche Ausnahmesituation war.

Diese Erkenntnis wird zunächst einmal große Empörung auslösen. Jeder wird, auch wenn er einsieht, daß kein Geld mehr vorhanden ist und gespart werden muß, finden, daß erst einmal andere sparen sollten. Ich bin aber ganz zuversichtlich, daß sich die notwendige neue, andere Mentalität nach und nach entwickeln wird, weil die Deutschen in den vergangenen 150 Jahren in unterschiedlichen Phasen ihrer Geschichte sehr unterschiedliche Dinge für wichtig gehalten haben. Weshalb sollten sie diesmal starr auf das Bestehende fixiert bleiben? Mentalitätsumbildungen unter dem Eindruck äußerer Veränderungen sind immer möglich. Nach 1945 haben vor allem viele Ausländer gefragt, ob die neuen Deutschen eigentlich die gleichen Deutschen seien wie vor 1945. Die meisten neuen Deutschen wollten mit den alten gar nichts zu tun haben, gar keine Deutschen im alten Sinne mehr sein. Ich könnte mir denken, daß das jetzt auf eine andere Weise und mit einer anderen Zielrichtung wieder geschieht. Mit der geistigen Ausstattung und den Erwartungen, die in den letzten Jahrzehnten von uns für selbstverständlich gehalten wurden, kriegen wir die neue Situation jedenfalls nicht in den Griff.

Die Arbeiterbewegung hat stets Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität hochgehalten, die allerdings heute kaum noch zu beeindrucken scheinen. Müssen andere Kräfte die notwendigen Innovationen herbeiführen?

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Zusammensetzung der Parteien wie auch der Gewerkschaften vollkommen geändert. Die SPD zu Beginn der

sechziger Jahre war vollkommen verschieden von der der neunziger Jahre. Schon auf dem Parteitag von 1973 sagte Willy Brandt, daß die Mitgliederzahl während der letzten zehn Jahre von rund 700 000 auf eine Million gestiegen sei, aber im gleichen Zeitraum auch 350 000 ausgeschieden, mit anderen Worten gestorben seien. Schon damals gab es also einen ungeheuren Umschwung in der Mitgliederzusammensetzung. Die Partei, die Anfang der sechziger Jahre noch weitgehend eine Arbeiterpartei war, wurde seitdem eine Partei der Lehrer, der Funktionäre überhaupt. Die Zusammensetzung der Parteiaktiven wie auch die Zusammensetzung der Parlamente zeigt einen deutlichen Trend zur Verengung. Es ist auffällig, daß es in den etablierten Parteien fast nur noch Beamte, Lehrer oder Funktionäre sind, die sich politisch aktiv betätigen. Sie haben allein schon deshalb eine unzureichende Realitätswahrnehmung, weil sie weitgehend immun gegen die Wechselfälle des Lebens sind. Sie können also alle möglichen Thesen in die Welt setzen, sie auch durch entsprechende Gesetze ausprobieren, ohne selbst in ihrem finanziellen Auskommen von den Folgen berührt zu sein. Das ist eine unglückliche Entwicklung.

Die Auswahl der Mandatsträger muß verändert, erweitert werden - auf die gesamte Mitgliedschaft oder sogar die Anhängerschaft. Das würde die undimensionierte Macht der Parteiapparate, der Parteifunktionäre reduzieren. Ich habe den Eindruck, daß die Bevölkerung in wachsendem Maß verärgert, verbittert ist, weil sie sich durch die Kandidaten, die Abgeordneten nicht mehr hinreichend repräsentiert fühlt. Ich glaube nicht, daß das bei uns so läuft wie etwa in Amerika, wo die Nichtwähler im Grunde friedliche Leute sind, die sagen: „Es ist mir wurscht, ob diese oder jene regieren, ich kann mit den einen wie den anderen leben.“ Bei uns stellen die Nicht- und Protestwähler eher ein aggressives Potential dar, das im Grunde auf irgendeine Kraft lauert, mit der man sich verbinden kann, um gegen die etablierten Parteien zu Felde zu ziehen. Wenn wir jemanden wie Jörg Haider im Lande hätten, würden wir staunen, was eine solche politische Begabung im rechten Mittelfeld der Parteien bewirken könnte.

Nach meiner Einschätzung sehen wir 1994 nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge einer großen Koalition entgegen, und zwar einer großen Koalition aus Schwäche und nicht aus Stärke. Vielleicht reicht es aber auch zu einer schwachen Linken oder rechten Ampel - und das bei gesteigerten Anforderungen an die Handlungsfähigkeit einer Regierung. Ich konstatiere momentan einen langsamen Niedergang der bundesrepublikanischen Gesamtverfassung und vorerst keineswegs die notwendige Erneuerung.

Zu den Gewerkschaften: Ich glaube, daß vieles, was unsere Gewerkschaften in der früheren DDR getan haben, mit den langfristigen Interessen der dort Lebenden nicht vereinbar war. Die Gewerkschaften sind in meinen Augen längst zu einer Interessenvertretung ganz spezieller, privilegierter Arbeitnehmer geworden und lassen weite Bereiche, die an sich schutzwürdig wären, vollkommen außer acht. So hat sich zum Beispiel die Rolle der Frauen im

Berufsleben nicht wesentlich verändert. Hier wären aber ganz neue Wege erforderlich, denn die Lage junger Familien ist außerordentlich schwierig. Bisher überlassen wir die Sorge für die Kinder fast völlig der Privatinitiative, den Eltern, während wir die Lasten des Alters vergesellschafteten, auf alle Bürger umlegen. Das beweist kein Verantwortungsgefühl für die Zukunft unseres Volkes, keine langfristige Sorge für die Alten.

Noch einmal zurück zu Osteuropa: Wenn man sich die dortige Szenerie anschaut, muß man die Befürchtung haben, daß noch mehr solcher Konflikte losbrechen könnten wie in Jugoslawien. Welche Mittel gibt es, damit umzugehen oder gar sie zu verhindern?

Da wir die meisten Faktoren dort nicht halbwegs zuverlässig einschätzen können, wird die Politik auf längere Zeit improvisiertes Management, Krisenmanagement sein müssen. So kann es zutreffen, daß die frühere Sowjetunion - dafür gibt es eine Reihe von Anzeichen - in einem Prozeß des Verfalls, der Chaotisierung begriffen ist. Es kann aber auch sein, daß sich die frühere Sowjetunion, zumal Rußland, in irgendeiner Weise berappelt, als Großmacht behaupten, auferstehen wird. Vielleicht wird es Versuche des Militärs geben, zumindest einen Teil der Großmachtposition zurückzugewinnen. Das alles ist außerordentlich schwer abzuschätzen. Die Faustregel für unser Verhalten muß jedenfalls sein, daß die Krisen uns um so mehr betreffen, je näher sie bei uns lokalisiert sind. Da sind wir, was Jugoslawien angeht, weniger betroffen, als wir es zum Beispiel im Falle einer Krise in der Slowakei oder gar in Polen wären.

Ich plädiere für eine neue Bescheidenheit, die vor allem darin besteht, sich auf die unmittelbaren eigenen Interessen zu konzentrieren, auf das, was im eigenen Umkreis stattfindet. Das kann, wie wir an der DDR gesehen haben, schon teuer genug sein. Mit anderen Worten: Man muß hoffen, daß die internationalen Kooperationsmechanismen funktionieren. Ich sage allerdings ehrlich, daß ich da kein großes Vertrauen habe, und werde das mit einem Bild klarmachen: Als der Riesenbau des Sowjetreiches zusammenbrach, haben wir in den Staubwolken gar nicht gesehen, daß an diesen Bau, an seine Mauer gegen Westen, noch andere Institutionen angebaut waren. Drei Beispiele unterschiedlicher Größenordnung: die Europäische Gemeinschaft, die alte Bundesrepublik und die CDU. Sie alle sind durch den einstürzenden Bau des Sowjetreiches in Mitleidenschaft gezogen worden und werden möglicherweise auch noch zusammenbrechen, denn sie rühren alle auf Grundlagen der Jalta-Situation, sind im Windschatten des Eisernen Vorhangs entstanden, waren alle Reaktionen auf den Ost-West-Konflikt.

Die Frage, was die EG werden kann, nachdem der Ost-West-Konflikt verschwunden ist, oder was sie werden muß, um auf die neuen Herausforderungen zu antworten, ist ebenso offen, wie die, was aus der Bundesrepublik oder aus der CDU wird. Der CDU-Gründung hat - anders hegt es bei SPD, die

viel älter ist und viel tiefer in unsere Vergangenheit hineinreicht - eine spezifische historische Situation zugrunde gelegen, die nicht mehr gegeben ist.

Man muß solche Zusammenhänge einmal in allen Konsequenzen durchdenken. 1989 haben wir zunächst geglaubt, es bräche die Ordnung von Jalta zusammen. Das war in der Tat der Fall. 1992 stellen wir fest, daß auch die Ordnung der Friedensverträge von St. Germain und Trianon zusammenbricht. Diese Friedensverträge, die damals ganz Ost- und Südeuropa ungeheuer verändert haben, indem sie die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn zerstückelten, haben sich als nicht stabil erwiesen. Sie haben keine Ordnung geschaffen, die von den beteiligten Völkern heute als gerecht, als lebensfähig empfunden wird. Damit wird die Frage, von welchem Europa, von welchen Staaten und Grenzen wir eigentlich ausgehen, welche neue Art von Europa wir eigentlich wollen, eine neue, offene, konfliktreiche Frage. Und diese Konflikte werden wahrscheinlich nicht mittels eines neuen Wiener Kongresses gelöst werden können. Ich will ein Beispiel erwähnen: Bei einer Konferenz mit Polen und Russen tauchte neulich die Frage auf: Was wird eigentlich aus dem nördlichen Ostpreußen? Es wäre sicher einfacher, wenn uns Deutschen diese Frage, die so viele Komplikationen schafft, jetzt erspart bliebe. Aber alle solche neu zu bedenkenden Problemgebiete zeigen, daß die alte, stabile EG, eine Wohlstands-, eine Schönwettereinrichtung, in ganz andere Wasser kommt, seitdem sich die beiden Nachkriegsordnungen verflüssigen.

Maastricht ist für mich das letzte Projekt aus der alten Zeit und nicht das erste der neuen. Es ist eine Regelung, die noch ganz in den Bahnen der alten westeuropäischen Integration läuft, aber die neuen Themen überhaupt nicht sieht, geschweige denn anpackt. Die EG wird zwar halten, einfach weil sie in vieler Länder Interesse ist, aber die weitergehenden Hoffnungen, daß EG und NATO einen Großteil der neuen Probleme lösen könnten, wird sich als illusionär erweisen - im Falle der EG schneller als in dem der NATO. Die Folge wird eine Renationalisierung sein, die uns durch die Verhältnisse aufgezwungen wird. Auch die Regionalisierung der EG, eine zwangsläufige Folge ihrer Erweiterung, wird sich fortsetzen — Westeuropa, Südeuropa, Nordeuropa, Osteuropa, Mitteleuropa - das werden alles Räume verschiedener Interessenlagen sein, die sich von einem Punkt aus, von einem großen Apparat nicht einheitlich formen lassen. Das war nur unter den Bedingungen, den Zwängen des Ost-West-Konfliktes möglich.

Werden wir uns auch Gedanken machen müssen über eine neue Konstellation zwischen den USA, Europa, eventuell Rußland, China, Japan? Muß das Verhältnis der Mächte zueinander neu geordnet werden?

Henry Kissinger hat mir kürzlich dazu gesagt, daß ein solches Gleichgewichtssystem im Augenblick ganz undenkbar sei, weil es keine gesicherten Größen, keine hinreichend stabilen Großmächte gebe. Unklar ist, wie sich China entwickelt, ob es den Weg Rußlands geht, sich also öffnet, zu liberalisieren versucht, oder sich die gegenwärtige dortige Parteidiktatur in Verbindung mit

wirtschaftlicher Beweglichkeit als lebensfähig erweist. Japan ist wegen seiner fulminanten industriellen Position besonders wichtig geworden. Es ist ja nicht sicher, wer die Konkurrenz mit den Japanern bestehen wird, ja ob wir sie bisher überhaupt ernst nehmen und ins Auge fassen. Andererseits ist fraglich, ob Japan, wenn es die wirtschaftlich führende Macht in der Welt bleiben sollte, auch die entsprechende politische Macht sein will (und kann), oder ob Japan eine fragile Blüte ist. Die künftige Rolle Europas scheint mir zur Zeit vollkommen offen. Im Augenblick sieht es nicht so aus, als würden die Japaner oder die Westeuropäer oder die Amerikaner die künftige Welt gestalten. Der beträchtliche Erfolg, den Ross Perot hatte, war ein Krisenzeichen. Er hatte seinen Aufstieg dem verbreiteten Ressentiment gegen das etablierte politische System zu verdanken.

Die Amerikaner haben auf jeden Fall mit schweren Problemen zu kämpfen, was nicht heißt, daß sie nicht unser wichtigster Alliiertes bleiben. Sie haben relativ wenige Vorurteile uns gegenüber und werden, alles in allem, von relativ großer Bedeutung in der künftigen Welt bleiben, so daß wir auf ihren Schutz nicht verzichten können. Sie sind für mich der wichtigste Partner in der Welt für die Deutschen.

Die meisten Landsleute haben das Ende des Ost-West-Konflikts und den Zusammenbruch der Sowjetunion mit großer Erleichterung begrüßt. Sie glaubten, nun seien friedliche Zeiten angebrochen, überall würden sich Gesellschaften entwickeln, die wirtschaftlich leistungsfähig, sozial gerecht und demokratisch gesichert wären. Das ist überhaupt nicht der Fall. Da und dort beginnt man, sich schon nach dem Kalten Krieg zurückzusehen — nach dem Motto: Seine Phase war wenigstens stabil, berechenbar und, obwohl wir uns damals sehr bedroht fühlten, letzten Endes ungefährlich.

Heute haben wir es mit lauter neuen Herausforderungen zu tun, die doch weithin alte Gefahren neuartig umformulieren. Wer hätte denn für möglich gehalten, daß wir in Europa wieder traditionelle Kriege erleben würden, wie jetzt in Jugoslawien? Und die sowjetischen Atomkraftwerke sind offenbar von einer solchen Beschaffenheit, daß sie jederzeit in die Luft fliegen können. Mein Eindruck ist, daß wir uns im eigenen Interesse, weil wir so nahe an diesen Gefahrenherden leben, überlegen müssen, ob wir nicht eine Art Atomkraftwerksfeuerwehr bereitstellen müßten, die, sobald entsprechende Meldungen kommen, Techniker und Experten an den Ort des Unglücks schickt. Tschernobyl hat uns doch eine Ahnung davon vermittelt, welche unglaublichen Vernichtungskapazitäten in diesen zivilen Atomkraftwerken stecken. Die tödlichen Wolken können jeden Tag wieder über uns schweben.

Es geht hier wie anderswo um Krisenmanagement, um Verzicht auf die großen Konzeptionen, nicht, weil wir sie nicht wollen, sondern weil wir sie nicht realisieren können. Es ist nicht die Zeit danach. Dadurch entsteht hoffentlich bei uns bald ein viel risikonäheres, tapfereres und vielleicht auch positiveres Verhältnis zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt: Nicht länger zu

glauben, daß für alles vorgesorgt, die Welt sozial abgesichert und letztlich langweilig geworden ist. Statt dessen müssen wir alle eine sehr alte Wahrheit wiederentdecken: daß das Leben im Grunde eine unaufhörliche Kette von Herausforderungen und Risiken ist.